



**Pressemitteilung Nr. 6/2007**

Köln, 25. April 2007

## **BASF vernichtet Arbeitsplätze und vernachlässigt Klimaschutz Kritische Aktionäre gegen Entlastung des Vorstands des Chemie-Konzerns**

Köln – Die Geschäftspolitik von BASF ist geprägt von Vernachlässigung des Klimaschutzes, massenhaftem Personalabbau, Vertrauensbruch und Druck auf die politischen Institutionen, um eine Senkung der Unternehmenssteuern und eine Deregulierung der Gesetzeslage zu erreichen. Deshalb ruft der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre dazu auf, Vorstand und Aufsichtsrat der BASF AG bei der Hauptversammlung am Donnerstag nicht zu entlasten.

In ihren Gegenanträgen verweigern die Kritischen Aktionäre Vorstand und Aufsichtsrat des Ludwigshafener Chemie-Konzerns die Entlastung und stimmen gegen die Umwandlung des Unternehmens in eine Europa AG (Societas Europae).

„Mit Prof. Dr. Jürgen Strube hat BASF den erfolgreichsten Arbeitsplatzvernichter der Unternehmensgeschichte in seinen Reihen“, meint Prof. Jürgen Rochlitz von der Aktion Alternativer BASF-Aktionäre. „Strube, der ehemalige BASF-Vorstandsvorsitzende und jetzige Aufsichtsratschef, ist maßgeblich für den Abbau von 24.000 Jobs in den vergangenen 17 Jahren mit verantwortlich. Dass für diese Negativleistung ein Spitzengehalt von beinahe einer halben Million Euro bezahlt wird – so viel wie kein anderer Aufsichtsratschef erhält – ist schwer vermittelbar“, so Rochlitz.

„Mit der Umwandlung in eine Europäische Gesellschaft hat das BASF-Management die einmalige Chance, über alle Errungenschaften der Mitbestimmung nach deutschem Recht neu verhandeln zu können“, gibt Rochlitz zu bedenken. „Wie groß der Verhandlungsspielraum für die Vertreter der Arbeitnehmer sein wird, lässt sich ermessen an ihren Niederlagen in den Verhandlungen um Arbeitsplatzabbau und um Lohnerhöhungen.“

Der BASF-Vorstand weigert sich, zwei der drei Gegenanträge auf seiner Internetseite zu veröffentlichen, weil die Begründungen dieser Anträge angeblich „eine Reihe von falschen Angaben und Beleidigungen enthalten“. Rochlitz stellt dazu fest, dass für die BASF „die Meinungsfreiheit des Aktionärs weniger zählt als die Vorstandshoheit“.

Der Dachverband der Kritischen Aktionäre wird sich bei der Hauptversammlung auch für ehemalige BASF-Beschäftigte stark machen, deren Arbeitsplätze in die Mannheimer Computerfirma Comparex ausgegliedert wurden. Comparex-Personalchef Ludwig Wühl hält die alte BASF-Zusage für unverändert gültig, Mitarbeitern, die zu Comparex gewechselt waren, Rückkehrrechte einzuräumen, falls sie ihre Stelle bei Comparex verlieren. Das Vorgehen des Chemie-Konzerns versetze die ehemaligen BASF- und jetzigen Comparex-Mitarbeiter in Angst und Schrecken. „Was sind BASF-Zusagen eigentlich wert?“ fragt Wühl.

Da die BASF nach eigenen Angaben keine Großrechner-Spezialisten mehr braucht, strebt der Chemiekonzern ein höchstrichterliches Urteil beim Bundesarbeitsgericht in Erfurt an, das die damals von der BASF eingeräumten Rückkehrrechte der früheren Mitarbeiter für unwirksam erklärt.

**Kontakt:** Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Tel. 0221/599 56 47, Mobil 0173-713 52 37

[dachverband@kritischeaktinaere.de](mailto:dachverband@kritischeaktinaere.de), [www.kritischeaktionaere.de](http://www.kritischeaktionaere.de)